

# Übersichten

## Außenpolitik

### \*(1) Staatspräsident Yang Shangkun zu Besuch in fünf lateinamerikanischen Ländern

Eigentlich sollte die Reise Yang Shangkuns nach Mexiko, Brasilien, Uruguay und Argentinien (damals noch nicht Chile) bereits im Mai 1989 erfolgen, doch mußte sie wegen der damaligen besonderen Umstände abgesagt werden (XNA, 25.5.1989). Bekanntlich befanden sich damals die Studentendemonstrationen gerade auf dem Höhepunkt ihrer Entfaltung, so daß Yang sich gezwungen sah, mit seinem Schwiegersohn, dem Generalstabschef Chi Haotian, seinem Bruder, dem obersten Politchef der Armee, Yang Baibing, sowie dem Kommandeur der 27. Armee, Yang Jianhua, die Pläne für das spätere Massaker abzustimmen. Verständlich, daß er damals für einen Freundschaftsbesuch in Lateinamerika keine Zeit hatte!

Flächendeckende Reiseprogramme sind eine Spezialität chinesischer Spitzenpolitiker. Vor allem der frühere Ministerpräsident und spätere Parteichef Zhao Ziyang hat sich hierbei besonders hervorgetan und u.a. zwischen dem 28. Oktober und dem 13. November 1985 vier lateinamerikanische Länder besucht, nämlich Kolumbien, Brasilien, Argentinien und Venezuela. Es handelte sich hierbei um jene vier Länder, mit denen die Volksrepublik damals 64% ihres gesamten Lateinamerikahandels abwickelte. Neben Handelsinteressen verfolgte Zhao auch noch taiwanbezogene und antihegemonistische Gesichtspunkte. Taiwanbezogen war vor allem die Absicht, noch weitere lateinamerikanische Staaten, vor allem in Zentralamerika, wo die "Republik China" nach wie vor ihre diplomatische Hochburg hat, für Beijing zu gewinnen. Außer-

dem spielte damals auch das Konkurrenzverhältnis zur "hegemonistischen" Sowjetunion noch eine Rolle (Näheres dazu Oskar Weggel, "Acht Gemeinsamkeiten, sechs günstige Bedingungen - China und Lateinamerika anlässlich der Visite Zhao Ziyangs" in C.a., November 1985, S.757-763.

Inzwischen hat sich die Situation z.T. geändert, insofern einerseits Taiwan, das 1985 diplomatisch so gut wie "erledigt" schien, in der Zwischenzeit diplomatisch überall wieder zurückkehrt und sogar einige Einbrüche in die Phalanx Beijings hat erzielen können, und insofern andererseits inzwischen eine Aussöhnung der VR China mit der Sowjetunion stattgefunden hat. Heute unterhält Beijing diplomatische Beziehungen mit 18 lateinamerikanischen Ländern.

Die lateinamerikanischen Länder davon abzuhalten, mit Taiwan wieder offizielle Beziehungen aufzunehmen, kann durchaus eine Nebenerwägung der neuen Yang Shangkun-Reise gewesen sein. Daneben spielt auch der Bezug von Rohstoffen und sogar von moderner Technologie (vor allem im Handel mit Argentinien und Brasilien) eine wachsende Rolle in den Diversifizierungsüberlegungen Beijings. Drittens fühlt sich die VR China seit dem 4. Juni von den Industrieländern geschnitten und hat sich deshalb mit um so größerer Intensität wieder auf die Dritte Welt besonnen. Nahost-, Afrika- und Lateinamerikareisen passen deshalb gut in das Bild der neuen Außenpolitik: via Lateinamerika zurück in die USA und via Afrika zurück nach Europa zu kommen, mag eine der Hauptmotivationen sein. Anknüpfungspunkte für eine Zusammenarbeit mit den Ländern Lateinamerikas gibt es in Hülle und Fülle, angefangen von Handelsbeziehungen bis hin zu gemeinsamen Interessen, z.B. beim Kampf gegen die Verschuldenskrise oder für eine neue Nord-Süd- sowie Süd-Süd-Weltwirtschaftsordnung. Bei-

jing hat hier vieles zu sagen, was angenehm in den Ohren der Südamerikaner klingt. Es gibt keine Interessenkonflikte, andererseits aber viele Interessengemeinsamkeiten, so z.B. bei der Errichtung von kernwaffenfreien Zonen, bei der Ausdehnung der Nutzungsrechte an Meeresgewässern auf 200 sm, bei der Entschärfung der Schuldenkrise, der Errichtung einer neuen Weltwirtschaftsordnung und bei einer stärker zu fördernden Süd-Süd-Kooperation.

Seit 1980 sind vier lateinamerikanische Ministerpräsidenten und sieben Präsidenten zu Besuch in der Volksrepublik gewesen, und umgekehrt haben seit 1985 (der frühere) Außenminister Wu Xuequan, Staatsrat Gu Mu sowie Ministerpräsident Zhao Ziyang Reisen nach Lateinamerika unternommen.

Politisch unterhält Beijing heute mit den wichtigsten Staaten der Region diplomatische Beziehungen. Beziehungen zu Untergrundkräften bestehen seit langem nicht mehr, auch nicht zum "Leuchtenden Pfad" Perus, der sich selbst als "maoistisch" bezeichnet. Lediglich an die Contras in Nicaragua wurden eine Zeitlang in aller Heimlichkeit Waffen geliefert, die allerdings nie kriegsentscheidend waren.

Immer bedeutsamer in den letzten Jahren sind die Handelsbeziehungen geworden. Ein Charakteristikum dafür ist die Tatsache, daß Beijings Außenhandel mit der gesamten Dritten Welt zwar durchaus Überschüsse zugunsten der VR China aufweist, daß der Außenhandel mit Lateinamerika aber im Gegensatz dazu höchst defizitär ist. Gegenüber der gesamten Dritten Welt hatte Beijing 1983 Überschüsse von rd. 7 Mrd. US\$, 1984 von rd. 6 Mrd. und 1985 von rd. 3 Mrd. US\$ (US Central Intelligence Agency, Handbook of Economic Statistics 1986, S.106.

Demgegenüber ist das Lateinamerikageschäft, wie gesagt, ein Verlustgeschäft. I.J. 1989 beispielsweise exportierte China nach Mexiko für 40 Mio. und importierte von dort für 150 Mio. US\$ - eine Verlustdifferenz von 110 Mio. US\$. Für Brasilien lauten die Zahlen 80 bzw. 940 bzw. 860, für Uruguay 3 bzw. 110 bzw. 107, für Argentinien 9 bzw. 567 (sic!) bzw. 558 und für Chile 60 bzw. 180 bzw. 120 (BRu 1990, Nr.22, S.29). Die wichtigsten Handelspartner sind z.Zt. Mexiko,

Brasilien, Uruguay, Argentinien und Chile mit einem Handelsanteil von rd. 70%.

Die Hauptimportwaren Chinas sind Eisenerz, Kupfer, Walzstahl, Nutzholz, Schafwolle, Rohrzucker, Pulpe, chemische Düngemittel und Chemiefasern. Nach Lateinamerika exportiert China hauptsächlich Textilien, Chemikalien, Erdöl, Maschinen und Elektrogeräte.

Mit Mexiko, Brasilien, Argentinien, Venezuela und Chile bestehen z.Zt. 17 Kooperationsabkommen mit einer Gesamtinvestitionssumme von 36 Mio. US\$, an denen der chinesische Partner 22 Mio. Anteil hat. Die Kooperationsbereiche umfassen Forstwirtschaft, Fischerei, Bergbau, Ölförderung und Textilindustrie.

Das Gesamtvolumen von rd. 3 Mrd. US\$ i.J. 1989 kann sich (bei einem chinesischen Gesamtaußenhandelsvolumen von 81 Mrd. im selben Jahr) durchaus sehen lassen.

Die Reise des chinesischen Staatspräsidenten dauerte vom 14. - 30. Mai 1990 und erfolgte in der Reihe Mexiko-Brasilien-Uruguay-Argentinien-Chile.

Bereits am Anfang seiner Reise gab Yang am 14. Mai "Vier Grundprinzipien" der chinesisch-lateinamerikanischen Beziehungen bekannt. China werde (1) Beziehungen mit allen lateinamerikanischen Staaten auf der Basis der fünf Prinzipien friedlicher Koexistenz anstreben, auch mit solchen Ländern, mit denen noch keine diplomatischen Beziehungen bestehen. Ferner soll (2) die wirtschaftliche und technologische Zusammenarbeit zum gegenseitigen Nutzen ausgeweitet werden. Darüber hinaus solle (3) ein vielfältiger Kulturaustausch angestrebt und (4) durch gegenseitige Konsultationsmaßnahmen eine gemeinsame Außenpolitik instrumentiert werden (XNA, 14.5.90). Am 23. Mai brachte Yang in Montevideo dann fünf Punkte vor, die sich von den vier Punkten aber nicht unterscheiden. Im Vordergrund stand hierbei immer wieder die Forderung nach "gegenseitigem Verständnis", nach "freundschaftlichen Beziehungen" und nach gegenseitigem Vorteil. Dies alles klingt sehr nach Ummarmungspolitik.

Vier Ergebnisse habe der Besuch zeitigt, betonte Yang, nämlich (1) die Erarbeitung gemeinsamer Ansichten, (2) die Ermutigung zu weiterer wirt-

schaftlicher Zusammenarbeit auf der Basis der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Nutzens, (3) Gewinnung wertvoller Erfahrungen durch Besichtigungen und (4) die Förderung des "gegenseitigen Verständnisses und der gegenseitigen Freundschaft" (XNA, 30.5.1990). -we-

#### \* (2) Verwarnung ausländischer Journalisten

Der 4. Juni 1990 war ein Tag, an dem das genau ein Jahr vorher stattgefunden Massaker auf dem Platz vor dem Tor des Himmlischen Friedens von allen ausländischen Journalisten angesprochen wurde - wie sollte es auch anders sein! Die Nervosität der Regierung zeigte sich u.a. darin, daß sie einen Tag später, nämlich am 5.6., durch die Informationsabteilung des Außenministeriums mitteilen ließ, "einige" ausländische Korrespondenten hätten mit ihrer Berichterstattung die "Vorschriften für die Kontrolle ausländischer Journalisten und ortsansässiger ausländischer Nachrichtenagenturen" verletzt. Einige Korrespondenten hätten sogar Kontakte zu chinesischen "Drahtziehern" und Anstiftern der damaligen Ereignisse aufgenommen. Man wisse diese Journalisten erneut daraufhin, daß solche Aktivitäten mit ihrem Status nicht vereinbar und streng verboten seien.

Eine Woche vorher hatten drei Dissidenten, nämlich der aus Taiwan stammende Schlagersänger Hou Dejian, Gao Xin und Zhou Duo, mit ausländischen Journalisten zusammentreffen und eine Petition für die Freilassung politischer Gefangener bekanntmachen wollen. Doch bekam die Polizei Wind davon und nahm die Drei offensichtlich fest.

Am 4. Mai waren einige der in Beijing akkreditierten Auslandskorrespondenten in Ausübung ihrer Arbeit mit Gewehrkolben und Schlagstöcken traktiert und mit vorgehaltenen Waffen bedroht worden. Ein solches Verhalten kann kein Zufall sein. Wahrscheinlich hatten die Polizisten "von oben" grünes Licht bekommen. -we-

#### \* (3) Die indonesisch-chinesischen Beziehungen kurz vor der Renormalisierung

Im Oktober 1967 waren - in einem Nachspiel zum "Septemberaufstand" in

Jakarta - von seiten der Suharto-Regierung die diplomatischen Beziehungen mit China abgebrochen worden. Jahrelang gehörten antichinesische und antikommunistische Äußerungen zum festen Bestandteil der Politik Jakartas.

Zu einer grundlegenden Wende kam es erst im Februar 1989, als der chinesische Außenminister Qian Qichen in Tokyo mit Staatspräsident Suharto zusammentraf, und als man sich dabei einig wurde, daß die Beziehungen zwischen beiden Staaten wiederhergestellt werden sollten.

Daraufhin kam vom 4.-9. Dezember 1989 eine zehnköpfige chinesische Delegation unter der Leitung des Stellvertretenden Außenministers Xu Dunxin nach Jakarta, um Einzelheiten zu besprechen, wie z.B. die Frage der Doppelstaatsangehörigkeit, des Baus von Botschaftsgebäuden und der Rückzahlung indonesischer Schulden an China. Beide Seiten kamen darüber überein, daß eine Doppelstaatsangehörigkeit nicht zugelassen werden solle, daß also Chinesen in Indonesien entweder für die chinesische oder für die indonesische Staatsangehörigkeit optieren müßten. Auch die Frage des Gebäudebaus war schnell bereinigt.

Die Schuldenfrage wurde dagegen einer anderen Gesprächsrunde überlassen, die im März 1990 in Beijing und am 21./22. Mai 1990 in Hongkong stattfand. Dabei wurde vereinbart, daß die Rückzahlung der noch ausstehenden Schulden auf der Basis der "Pariser Formel" erfolgen solle (XNA, 23.5.1990). Jakarta schuldet der VR China seit 1967 120 Mio. US\$. Gemäß der von Indonesien vor dem "Club der Gläubiger von Paris" im April 1970 ausgehandelten Formel soll Indonesien seine Schulden in 30 gleichen Jahresraten zurückzahlen.

Im Interesse eines baldigen Ausgleichs zwischen beiden Ländern hat China sich auf diese Formel eingelassen.

Nun steht dem geplanten Besuch des indonesischen Außenministers Ali Alatas Anfang Juli 1990 in China nichts mehr im Wege. Dabei dürfte es wohl endgültig zur Wiederherstellung diplomatischer Beziehungen kommen. -we-

**\* (4)**  
**"Normalisierung" des Verhältnisses zwischen China und der Mongolischen Volksrepublik**

Ende 1989 war auch die Mongolei von der Emanzipationsbewegung erfaßt worden, die zu dieser Zeit durch fast alle sozialistischen Länder ging. Im Dezember war die erste oppositionelle Partei, nämlich die Mongolische Demokratische Union, entstanden, der besonders viele Studenten und Intellektuelle angehören, die einst ihre Ausbildung in der Sowjetunion erhalten haben. Hauptanliegen dieser Partei ist es, freie Wahlen, ein Mehrparteiensystem, eine stärkere Beachtung der Menschenrechte und eine Volksabstimmung über die Einführung der Marktwirtschaft durchzusetzen. Anfang März demonstrierten in Ulan Bator Zehntausende von Menschen für politische Reformen.

In dieser Umbruchsituation beschloß die mongolische Führung, auch ihre außenpolitischen Beziehungen neu zu überdenken und vor allem die seit langem gestörten Beziehungen zur VR China wieder zu verbessern. In diesem Sinne sprach sich der mongolische Präsident Otschirbat am 21. April gegenüber dem chinesischen Botschafter in Ulan Bator aus.

Otschirbat erhielt eine Einladung nach Beijing und hielt sich dort vom 4.-7. Mai 1990 auf. Am Ende seiner Visite kam es zur Unterzeichnung eines 7-Punkte-Kommuniqués, in dem beide Seiten ihre Zufriedenheit über die "Normalisierung" ihrer gegenseitigen Beziehungen äußerten. (Offensichtlich waren die bisherigen Beziehungen nicht als "normal" empfunden worden!) Außerdem bekundeten sie ihre Entschlossenheit, ihr gegenseitiges Verhältnis auf der Basis des 1960 geschlossenen "Vertrags über Freundschaft und gegenseitige Hilfe" zu erneuern und daneben die "Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz" zu beachten. Friede und Entwicklung seien die gegenwärtig wichtigsten Anliegen in der Welt. Im Interesse beider Zielsetzungen sollten China und die MVR auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet zusammenarbeiten und sich gleichzeitig auch über den "sozialistischen Aufbau" in ihren Ländern gegenseitig konsultieren (BRu 1990, Nr. 21, S. 4). Die "Sozialismus"-Formel ist höchstwahrscheinlich auf chinesischen Wunsch in das Protokoll eingefügt worden! -we-

**\* (5)**  
**Öffnung vier neuer Außenhandelshäfen**

Im Zuge seiner "Kaimen" (Türöffnungs)-Politik hat die VR China seit Beginn der Wirtschaftsreformen im Dezember 1978 insgesamt 143 Umschlagplätze für den Handel mit dem Ausland geöffnet oder z.T. auch neu geschaffen, darunter 82 Häfen, 28 Flughäfen und 10 Bahnhöfe.

In Kürze sollen vier neue Häfen und innerhalb der nächsten zwei Jahre sogar zehn weitere Häfen geöffnet werden (CD, 10.6.1990). Genauere Termine wurden allerdings nicht genannt. Zwei der vorgesehenen Häfen, Yangpu und Qinglan, liegen auf der Insel Hainan, die inzwischen Provinzstatus erhalten hat. Durch den Umbau des Hafens von Qinglan sollen Schiffe mit einer Fracht von bis zu 5000 t abgefertigt werden können. In Yangpu sogar bis zu 10.000 t.

Die weiteren Häfen sind Yantian und Da'an - letzterer in der nordostchinesischen Provinz Jilin. -we-

**\* (6)**  
**Kritische Äußerungen Deng Xiaopings beim Besuch von Ex-Bundeskanzler Helmut Schmidt; Sorgen mit den Studenten im Ausland**

Anlässlich eines dreitägigen privaten Aufenthalts in Beijings kam der frühere Bundeskanzler Helmut Schmidt mit Deng Xiaoping und mit KP-Generalsekretär Jiang Zemin zusammen. Deng soll bei dieser Unterredung der politischen Führung seines Landes Fehler vorgeworfen haben: Man dürfe den Studenten nicht die alleinige Schuld für die Vorfälle geben. Vielmehr habe die Führung der KPCh Fehler gemacht. Unklar ist, ob diese Kritik eher gegen den jetzigen Ministerpräsidenten Li Peng - den Vertreter einer harten Linie - oder aber gegen den früheren Generalsekretär Zhao Ziyang gerichtet ist, der einen für Deng Xiaopings Gefühl eher zu weichen Kurs gesteuert hatte.

Li Peng versprach anlässlich der Wiederkehr des 4. Juni "Milde" gegenüber den chinesischen Studenten im Ausland. Die Regierung wolle ihnen, die sich durch Verdrehungen und Falschmeldungen zu unbedachten Äußerungen hätten verleiten lassen, verzeihen und lade sie "herzlich" zur Rückkehr

ein, wenn sie bereit seien, die Verfassung und die Gesetze des Landes zu respektieren. Aus dem Munde Li Pengs klingen solche Äußerungen wie Obszönitäten.

Besorgt zeigte sich die chinesische Regierung über eine Ankündigung der australischen Regierung, sie wolle 20.000 chinesischen Studenten in Australien dauernden Aufenthalt gewähren, wenn diese sich zum Bleiben entscheiden sollten. Eine Sprecherin des chinesischen Außenministeriums bemerkte dazu am 7. Juni, daß die australische Regierung gemäß vertraglicher Verpflichtungen gehalten sei, die Studenten zur Rückkehr nach Hause zu veranlassen, sobald sie ihre Studien beendet hätten. -we-

---

## Innenpolitik

---

**\* (7)**  
**Umfangreiche personelle Um- und Neubesetzungen in den Führungen der Militärregionen**

Umfangreiche personelle Um- und Neubesetzungen in den Führungsorganen von sechs der sieben großen Militärregionen Chinas wurden im Mai 1990 von seiten der Zentrale vorgenommen. Die im Mai erfolgten personellen Veränderungen an der Spitze der Militärregionen sind die umfangreichsten seit Juni 1985, als die ursprünglich elf Militärregionen auf sieben verringert wurden (siehe dazu P. Schier, "Eine umfassende Reform der Chinesischen Volksbefreiungsarmee", in C.a., Juni 1985, S. 376-382).

Die personellen Veränderungen wurden offenbar nicht auf einer normalen oder erweiterten Sitzung der ZK-Militärkommission formell beschlossen, wie dies noch im Juni 1985 der Fall gewesen war. Die Beschlüsse sollen statt dessen von einem informellen Gremium von 10 Parteiveteranen gefaßt worden sein, dem Deng Xiaoping, Chen Yun und Li Xiannian angehören sollen (FT, 12.6.90). Weitere mögliche Mitglieder sind Yang Shangkun, Wang Zhen und Liu Huaqing.

Die Personalbeschlüsse wurden auch nicht in der zentralen Presse bekanntgegeben, sondern von Yang Baibing, dem Generalsekretär der ZK-Militär-